



Réseau

Objectif Plein Emploi

STANDPUNKT

Ort: Schifflingen

Datum: 16.12.2009

Die Solidarwirtschaft als Weg hin zu einem dritten Wirtschaftspfeiler

(Erklärung der Luxemburgischen Regierung im Jahr 2004 sowie erneute Erklärung im Jahr 2009)

Die heutigen Verfechter der Solidarwirtschaft sind zum Großteil „Soziale Initiativen für Arbeit, Integration und Ausbildung“, die sich in Luxemburg seit dem Beginn der 80-er Jahre gebildet haben, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Betrachtet man die Problematik der anhaltenden strukturellen Arbeitslosigkeit, so muss in Bezug auf diese solidarwirtschaftlichen Initiativen anerkannt werden, dass es sich dabei nicht mehr um vermittelnde und kurzlebige Organisationen handelt, die sich auflösen würden, wenn es keine Arbeitslosigkeit mehr gäbe. Diese Argumentation geht fälschlicherweise davon aus, dass es sich bei der Arbeitslosigkeit um ein konjunkturelles Problem handelt. Deshalb ist es an der Zeit, die Initiativen der Solidarwirtschaft zu unterstützen und zwar auf Grund ihrer aktiven Teilnahme beim Aufbau des dritten Wirtschaftspfeilers. Die Vertreter der Solidarwirtschaft sehen die aktuelle Wirtschaftskrise als eine Chance für eine gesellschaftlich verantwortungsvolle Erneuerung und Umstrukturierung der wirtschaftlichen Aktivitäten. Sie stellt somit die Möglichkeit dar, der Fatalität der Arbeitslosigkeit entgegen zu steuern, anstatt diese rein symptomatisch und „sozial“ zu „behandeln“.

In dem heutigen sozioökonomischen Kontext stößt die defensive Politik der Sozialversorgung in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse ultimativ an ihre Grenzen. Dies ist frustrierend für die Beschäftigungsinitiativen, denn die Ergebnisse sind enttäuschend:

- Trotz offensichtlicher konjunktureller Einflüsse steigt die Zahl der Arbeitslosen im Laufe der Zeit linear an.
- Es bestehen ein anhaltendes Ungleichheitsverhältnis zwischen dem Angebot an freien Arbeitsstellen und der Nachfrage, sowie
- Mangelnde Übereinstimmung zwischen der so genannten aktiven Arbeitsmarktpolitik und der Reduzierung der Arbeitslosenzahlen und
- Die Unfähigkeit der privatwirtschaftlichen Unternehmen und öffentlichen Behörden, die Arbeitslosigkeit wirksam zu reduzieren.

Diese für die Beschäftigungsinitiativen und die Arbeit suchenden Menschen deprimierenden Feststellungen haben bis jetzt noch nicht zu einer Umorientierung der Gesellschaft zu mehr Gerechtigkeit geführt. Im Gegenteil: Die Beschäftigungsinitiativen werden als aus Steuern finanzierte, kostenpflichtige „Parkplätze“ geächtet und die in diesen Unternehmen eingebundenen Personen als Schmarotzer der Gesellschaft beschimpft.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen erscheint logisch, dass einige ehemalige Beschäftigungsinitiativen sich nicht damit zufrieden gegeben haben, eine Reparaturfunktion in einem System zu übernehmen, in dem sie - idealer Weise - überflüssig wären. Vielmehr haben einige sich zu alternativen Unternehmern mit sozialem und ökologischem Verantwortungsbewusstsein entwickelt. Sie sind zum Antrieb einer Bewegung geworden, die als alternatives Unternehmertum bezeichnet wird und die Standbein der Solidarwirtschaft ist. Als alternative Unternehmen führen die solidarischen Initiativen ihre Aufgabe der Arbeitsplatzschaffung sicherlich weiter, aber nicht mehr im Sinne einer zeitweisen Beschäftigung für Arbeitslose, sondern als (Mit-)Konstrukteure eines neuen Wirtschaftsraumes, der neue Tätigkeiten und somit auch dauerhafte und strategisch wichtige Arbeitsplätze erschließt.

Die Politik muss ab sofort diese neuen aufkommenden unternehmerischen Formen mit aller Vehemenz unterstützen, indem sie die Einführung einer zukunftsfähigen Politik der ökonomischen und sozialen Inklusion unterstützt. Diese neue Politik muss die ausschließlich symptomatisch orientierte Reparationspolitik endlich ablösen. Umso mehr, da in diesen neuen Wirtschaftsraum nicht nur die ehemaligen Arbeitsbeschaffungsinitiativen investieren, sondern auch andere Organisationen aus verschiedenen Bereichen, deren Tätigkeiten ebenfalls wirtschaftlich alternative Vorgehensweisen aufweisen: fairer Handel,



Objectif Plein Emploi association sans but lucratif

Siège social: 1, rue du Moulin, L-3857 Schifflange
Boîte postale 12, L-3801 Schifflange

TVA: 1998 6102 623

Tél.: (+352) 53 04 45 0

Fax: (+352) 53 04 45 510

RCS: F2854

E-mail: info@ope.lu

Internet: www.ope.lu

verantwortungsvoller, nachhaltiger Konsum, Solidarfinanzen, ökologische Transaktionen, demokratische Partizipation und regionale Verankerung.

Damit die Solidarwirtschaft in Luxemburg wahrgenommen wird, muss ein alternatives Wirtschaftsmodell (ein dritter Pfeiler) eingeführt und den auf diesem Modell bereits existierenden Projekten Realität anhand angepasster gesetzlicher Rahmenbedingungen verliehen werden. Damit diese Realität umgesetzt werden kann, ist es notwendig, dass die Protagonisten sich in Netzwerken organisieren und gemeinsame Ziele definieren, so also als abgrenzbare Bewegung handeln und den Resonanzraum für die Strategien darstellen, die zu einer Veränderung der politischen Instanzen, insbesondere des Ministeriums für (Solidar-) Wirtschaft, führen sollen.

Auf internationaler Ebene hat die Veranstaltung des „4. Internationalen Forums – Globalisierung der Solidarität“ im April 2009 in Schiffingen den Beweis für die Durchführbarkeit eines solchen Kooperationsmodells erbracht. Baut man auf eine derartig innovative Politik, die auf einer nachhaltigen Entwicklung beruht, dann kann alternatives Unternehmen Auswege aus der Krise zeigen. Bauen wir an diesem Raum, diesem dritten Wirtschaftspfeiler mit. Das Wissen und das Know-how sind schon vorhanden. Lasst es uns jetzt tun!

Romain Bieber,
Romain Binsfeld
Geschäftsführende Verwaltungsratsmitglieder
Objectif Plein Emploi



Objectif Plein Emploi association sans but lucratif

Siège social: 1, rue du Moulin, L-3857 Schifflange
Boîte postale 12, L-3801 Schifflange

TVA: 1998 6102 623

Tél.: (+352) 53 04 45 0

Fax: (+352) 53 04 45 510

RCS: F2854

E-mail: info@ope.lu

Internet: www.ope.lu